

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 10

Artikel: Politisch bewegter Britischer Gewerkschaftskongress

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sehen. Wenn wir törichterweise unser inneres Leben einengen und das äussere erweitern, unterzeichnen wir den Haftbefehl für unseren eigenen Gerichtstag. Unsere Hoffnung auf schöpferisches Leben in diesem Weltenhaus, das wir geerbt haben, liegt in unserer Fähigkeit, die moralischen Ziele unseres Lebens im eigenen Charakter und in der sozialen Gerechtigkeit wieder aufzurichten. Ohne dieses seelische und moralische Wiedererwachen werden wir uns durch den Missbrauch unserer eigenen Werkzeuge selbst vernichten.» Es erhebt sich die Frage, was die Gewerkschaften tun können, um diese moralischen Ziele in unserer Gesellschaft wieder aufzurichten.

René Mahrer, Zürich

Politisch bewegter Britischer Gewerkschaftskongress

Für die Bedeutung, die der Gewerkschaftsbewegung im britischen öffentlichen und politischen Leben zukommt, ist die Tatsache bezeichnend, dass der alljährlich mit gleicher Präzision in der ersten Septemberwoche von Montag früh bis Freitag mittag abrollende Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) immer den Auftakt der innenpolitischen Herbstsaison nach den ruhigeren Ferientagen darstellt und von der Presse aller Richtungen auf der ersten Seite und mit grösster Ausführlichkeit behandelt wird. (Die führenden Zeitungen und die Fernsehorganisationen sind mit ganzen Gruppen von Redaktoren usw. vertreten.) Diesbezüglich hat auch der Kongress des Jahres 1969, der in *Portsmouth* abgehalten wurde, nicht enttäuscht, wenn sich auch die Berichterstattung mehr darauf konzentriert hat, auf Gegensätze zwischen der Labourregierung und der Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen. Diese Gegensätze sind zweifellos vorhanden; sie machten den Kongress zu einer hochpolitischen Affäre. Aber in vielen wichtigen Fragen gehen Arbeiterregierung und Gewerkschaftskongress konform, was in der Berichterstattung der Tagespresse weniger zum Ausdruck kommt, weil sich daraus keine sensationellen Schlagzeilen konstruieren lassen. Es sind aber nichtsdestoweniger wesentliche Dinge.

Die Preis- und Einkommenspolitik

Der wichtigste Zankapfel war, wie in den früheren Jahren, die Preis- und Einkommenspolitik der Regierung Wilson. Sie besteht gegenwärtig darin, dass die Regierung Preis- und Lohnerhöhungen bis zu einem Jahr zurückhalten kann, indem sie ein Gutachten der von ihr geschaffenen, aber unabhängigen Preis- und Lohninstanz» anruft, bis zu dessen Einlangen man warten muss. Die gesetzliche Er-

mächtigung zu dieser die Vertragsfreiheit einengenden Bestimmung, die Wilson als vom Standpunkt der Wirtschaft des Landes als unumgänglich notwendig bezeichnete, läuft Ende 1969 ab. Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes war nun der Meinung, dass vom 1. Januar 1970 die volle Vertragsfreiheit wieder hergestellt werden soll. Er war aber nicht der Auffassung, dass die Preis- und Lohninstanz (in der natürlich auch Gewerkschafter sitzen) eine schlechte Sache ist, die abgeschafft werden sollte. Demgegenüber vertritt die Regierung den Standpunkt, dem auch der Premierminister *Harold Wilson* in seiner 45 Minuten langen Ansprache an den Gewerkschaftskongress Ausdruck gab, dass vorläufig gewisse beschränkte Handhaben zu Verzögerungen von Lohnerhöhungen in Kraft bleiben müssen; sie sollen vom neuen Jahr an höchstens vier Monate wirksam sein. Am Gewerkschaftskongress standen einander zwei Auffassungen entgegen, die vom Generalrat vertretene, die Vertragsfreiheit verlangt, und eine radikalere, die von den beiden grössten Mitgliedsverbänden, den Transportarbeitern (1,5 Millionen Mitglieder) und den Metallarbeitern (Engineers, mit mehr als 1 Million), verfochten wurde. Sie verwirft jeden Kompromiss und sieht in dem Weiterbestand der Preis- und Lohninstanz etwas, womit sich die Gewerkschaften nicht abfinden sollen. Bei der Abstimmung wurden für jede der beiden Auffassungen über 4 Mio Stimmen abgegeben, aber der radikalere Antrag erhielt um 400 000 mehr als der, den die Gewerkschaftsführung zur Annahme empfahl. Der Generalrat wurde also hier vom Kongress desavouiert, aber auch für die Labourregierung ist die Entscheidung eine recht unangenehme Sache. Sie wird deshalb von ihrem Standpunkt kaum abgehen, weil sie sich dem Internationalen Währungsfonds in Washington gegenüber verpflichtet hat, die 4-Monats-Aufschubfrist für Preis- und Lohnerhöhungen beizubehalten. Doch es ist für eine sich im allgemeinen auf die Gewerkschaften stützende Regierung eine missliche Situation, wenn sie in einer so zentralen Frage die Gewerkschaften gegen sich hat.

Das Streikrecht

Noch in einem anderen sehr gewichtigen Problem hat es in den letzten Monaten einen Konflikt zwischen Regierung und Gewerkschaftsbund gegeben, der aber inzwischen beigelegt worden ist. Die Regierung wollte Massnahmen gegen das Ueberhandnehmen von «wilden», von den zuständigen Gewerkschaften nicht gedeckten Streiks ergreifen und hatte ihre Pläne in einem sogenannten «Weissbuch» niedergelegt, in dem von einer «Abkühlungsperiode» von 28 Tagen die Rede war, während der nicht gestreikt werden darf. (Alles, was sich auf Streiks bezieht, hätte auch für Aussperrungen gegolten.) Die Regierung wollte, dass die Gewerkschaften – manche tun das ohnehin – vor Streikausbruch auf Urabstimmungen der Mit-

glieder bestehen, und es waren Geldstrafen für Arbeiter vorgesehen, die diesen geplanten Vorschriften zuwidergehandelt hätten. Der Gewerkschaftsbund wandte sich gegen diese Pläne, erkannte aber die Notwendigkeit an, «wilden» Streiks vorzubeugen. Er beschloss auf einer Sonderkonferenz, die nur dieser Frage gewidmet war, im Juni ein Aktionsprogramm, in dem sich die Gewerkschaften zu Schritten gegen inoffizielle Streiks verpflichteten, wofür sie im Austausch ein Abgehen von den gesetzgeberischen Absichten verlangten. Wilson und *Barbara Castle*, die in der Labourregierung das schwierige Amt des Arbeitsministers versieht, waren mit diesem Programm nicht zufrieden. Daraufhin entschloss sich der Generalrat zu weitergehenden Massnahmen in der Streikfrage, und dadurch wurde der Streitpunkt vorläufig aus der Welt geschafft. Das beabsichtigte Gesetz wurde fallengelassen, d. h. die für die Gewerkschaften günstigen Bestimmungen, die es enthalten hätte, werden bald ins Parlament kommen, die anderen aber nicht. Dafür erkennt der Gewerkschaftsbund eine Verpflichtung an, die er bisher nicht auf sich zu nehmen bereit war, weil er fürchtete, in Konflikt mit der Autonomie der angeschlossenen Verbände zu kommen. Von nun an wird der TUC trachten, «wilden» Streiks vorzubeugen, auf die zuständige Gewerkschaft einwirken, dass sie gegebenenfalls disziplinarische Massnahmen ergreift, und selbst als handelnder Faktor auftreten. Bisher hat es nur einen Fall gegeben, in dem versucht wurde, dieses Versprechen zu erfüllen, nämlich den Streik von 140 Stahlarbeitern im grössten britischen Werk in Port Talbot. Der Streik wurde beigelegt, aber nicht durch die Intervention der zuständigen Gewerkschaft oder des Gewerkschaftsbundes, die fruchtlos blieb.

Die Beschlüsse, den Gewerkschaftsbund hier zu einem aktiven Faktor zu machen, mussten noch vom Gewerkschaftskongress genehmigt werden. In der einschlägigen Debatte in Portsmouth wurde darauf verwiesen, dass die «wilden» Streiks lange nicht so einen Umfang und solche Auswirkungen haben, wie es manchmal dargestellt wird. Aber der Kongress stimmte dieser sehr wesentlichen Änderung in der gewerkschaftlichen Haltung ohne weiteres zu, nachdem Wilson in seiner Rede eine Mahnung eingeflochten hatte, dass der TUC in dieser Sache nun nicht mehr in die alte Haltung zurückfallen dürfe, die ihm ein Einheimischen in Angelegenheiten der Mitgliedsverbände verbot.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Eine der ältesten gewerkschaftlichen Forderungen scheint nun dank der Existenz einer Arbeiterregierung in Grossbritannien der Verwirklichung nähergerückt zu sein, nämlich die Gleichstellung der Frauen- mit den Männerlöhnen. Harold Wilsons Ankündigung in Portsmouth, dass in dieser Sache nunmehr gesetzliche Schritte vorbereitet werden, wurde mit Beifall aufgenommen. In der darauf-

folgenden Debatte wurde allerdings sein Zusatz kritisiert, wenn man die Frauenlöhne nunmehr so entscheidend aufbessern wolle, müsste auf allen anderen Gebieten des Lohnwesens weiter grösste Zurückhaltung geübt werden, um eine inflatorische Wirkung zu verhüten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die zwei Dinge miteinander nicht zusammenhängen und dass es sich bei der Anpassung der Frauen- an die Männerlöhne um eine Forderung der primitiven Gerechtigkeit handle, die mit keinen Konzessionen irgendwelcher Art gekoppelt werden sollte.

Immerhin hat der Kongress die Absichten der Regierung Wilson, hier endlich etwas zu tun, lebhaft begrüsst, und in der Woche darauf wurden vom TUC gleich die Verhandlungen mit Barbara Castle aufgenommen, die zur schrittweisen Angleichung der Löhne führen sollen. Dann erst wird Grossbritannien die Konvention Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation ratifizieren können. Barbara Castle bezieht als Arbeitsminister natürlich den gleichen Gehalt, den ein männlicher Inhaber dieser Funktion beziehen würde – das ist ein zusätzliches Argument dafür, dass auch Textilarbeiterinnen in ihren Löhnen nicht schlechter gestellt werden sollen als Textilarbeiter. Am Kongress wurde festgestellt, dass der TUC die Forderung nach Gleichstellung der Frauenlöhne seit genau 81 Jahren erhebe. Immer war das Echo, dass man von der Richtigkeit dieser Forderung überzeugt sei, dass aber der Zeitpunkt für die Durchführung der Sache nicht günstig wäre. Mit dieser Ausrede soll nun Schluss sein. Grosse Heiterkeit am Kongress erregte eine 30jährige Rednerin, die berichtete, der Gewerkschaftskongress habe sich schon vor 60 Jahren mit der Sache befasst: «Meine Grossmutter hat mir das erzählt.»

Bekenntnis zur Labour Party

Mag der Kongress in Portsmouth auch manche Beschlüsse gefasst haben, die der Labourregierung wenig angenehm sind, hat er doch keinen Zweifel daran gelassen, dass er zur Arbeiterpartei und der von ihr gebildeten Regierung steht und alles daran setzen wird, damit sie bei den nächsten, für 1970 oder 1971 erwarteten Wahlen siegreich bleibt. Das wurde in einer Motion niedergelegt, die einstimmige Annahme fand. Natürlich wurde vom Präsidium aus darauf aufmerksam gemacht, dass diese Motion jene Gewerkschaften nicht binde, die der Arbeiterpartei nicht kollektiv angeschlossen sind. Das sind von grösseren Verbänden vor allem die Gemeindebeamten und überhaupt die meisten Organisationen der Staats- und öffentlichen Angestellten. Die manuelle Arbeiter organisierenden Verbände sind alle der Partei kollektiv, d. h. mit jenen Mitgliedern, die nicht ausdrücklich auf Streichung der politischen Zugehörigkeit bestehen, angeschlossen; das gilt aber z. B. auch für die Pöstler und die Eisenbahnbeamten.

Der Beiritt zum Gemeinsamen Markt

Grossbritannien bemüht sich, wie man weiss, um die Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder den Gemeinsamen Markt. Das ist bisher an dem Veto de Gaulles gescheitert. Seit de Gaulle abgetreten ist, wird die Frage neuerlich ventiliert. In dieser Frage ist die Führung der Labour Party mit der Führung der Konservativen Partei sowie mit den Liberalen einig. Das bedeutet aber nicht, dass sich innerhalb der einzelnen Parteien nicht Widerstände bemerkbar machen, die Ueberbleibsel des alten britischen Isolationismus sind. Der Gewerkschaftskongress hat sich vor zwei Jahren, als Wilson in dieser Sache wieder einen Vorstoss machte, positiv eingestellt, aber natürlich gewisse Sicherungen für Grossbritannien im Falle eines Beitritts verlangt. Auf dem Kongress von 1969 hatte ein für englische Verhältnisse kleiner Verband von 100 000 technischen Angestellten einen extremen Antrag vorgelegt, der sich gegen jeden Versuch stellte, unter welchen Bedingungen immer Grossbritannien nach Europa zu führen. Das hätte nicht nur jene Verbände herausgefordert, die einen Beiritt zum Gemeinsamen Markt befürworten, sondern auch jene abgestossen, die mehr Gewicht auf entsprechende Sicherungen als auf einen Beiritt legen (das gilt z. B. vom Transportarbeiterverband). Da die Antragsteller fühlten, ihre Motion würde wegen ihres kompromisslosen Tones haushoch verworfen werden, zogen sie es vor, sie im letzten Augenblick zurückzuziehen, d. h. nachdem ihr Sprecher eine Brandrede isolationistischen Charakters gehalten hatte. Sie verschanzten sich dabei hinter dem Versprechen des Generalrates, auf einer Sonderkonferenz den gewerkschaftlichen Standpunkt neu und eingehend zu formulieren, sobald es zu konkreten Verhandlungen über einen Beiritt kommen sollte.

Ueberprüfung der Gewerkschaftsstruktur

Wie schon so oft vorher, wurde auf dem Kongress in Portsmouth wieder die Forderung laut, die vielfach antiquierte Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung zu überprüfen und zu modernisieren. Das sollte eine Reform des TUC und seiner leitenden Körperschaft, des Generalrates, einschliessen. Die einen wollten für diesen Zweck eine unabhängige Kommission einsetzen, die ihre Vorschläge zu erstatten hätte. Die anderen wollten den Generalrat mit dieser Aufgabe betrauen. Nach einer langen Debatte siegten jene, die vom Generalrat Vorschläge für einen eventuellen Umbau haben wollen.

Personelle Aenderungen

Der Kongress von Portsmouth sah einige gewichtige Aenderungen in den leitenden Organen der Gewerkschaftsbewegung. George Woodcock war zehn Jahre Generalsekretär des TUC und hat sich in

dieser Funktion eine im englischen öffentlichen Leben beherrschende Position geschaffen – es gab kaum eine Fernsehdiskussion, zu der man diesen klugen und tief gebildeten Self-Made-Man nicht herangezogen hätte, dessen Charakterkopf jedem im Lande vertraut ist. Woodcock ist knapp vor Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren ausgeschieden, aber nicht, um sich dem Ruhestand hinzugeben, sondern um einem Ruf Harold Wilsons zu folgen, der Woodcock zum ersten Vorsitzenden einer neugeschaffenen offiziellen Organisation, der Kommission für Arbeitsbeziehungen, machte. In ihr sind natürlich auch die Arbeitgeber vertreten, und es ist interessant, dass sie keine Einwendung gegen die Betrauung eines alten Gewerkschaftsfunktionärs mit dieser führenden Stellung erhoben haben – Woodcock ist zu sehr im ganzen Lande angesehen. Seine Nachfolge als Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes hat sein bisheriger Stellvertreter *Victor Feather* übernommen, der in Portsmouth in dieser Funktion bestätigt wurde. Feather ist 61 Jahre alt und wird daher nur vier Jahre im Amt bleiben. Aber er ist seit 33 Jahren im TUC tätig und hat wiederholt bewiesen, dass er das Zeug für die Schlüsselposition des Generalsekretärs in sich hat.

Altershalber ausgeschieden ist auch der bisherige Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes, *Frank Cousins*, der einige Jahre lang überdies Präsident der Internationalen Transportarbeiterföderation war. Cousins, ein ehemaliger Lastwagenchauffeur, war eine der umstrittensten Erscheinungen des britischen öffentlichen Lebens. Die gewerkschaftsfeindliche Presse hat ihm den Ruf eines Halb- oder Ganzbolschewiken verliehen. Die andere Seite hat ihn gerechter beurteilt, aber auch im gewerkschaftlichen Lager ist er oft Kritik begegnet. Was für eine bedeutende Erscheinung er ist, geht schon daraus hervor, dass im Vorjahr, also noch zu Zeiten seiner Amtsführung, ein Buch einer angesehenen Schriftstellerin erschienen ist, die Cousins Lebensweg in allen Einzelheiten schildert. Die Kritik an ihm ist im Augenblick seines Rücktritts mit Erreichung des 65. Altersjahres verstummt; alle erkennen an, dass er ein ungewöhnlich begabter Mann ist. Auch er denkt nicht an Ruhestand, sondern liess sich von Harold Wilson zum Vorsitzenden einer offiziellen Organisation machen, die darüber wachen soll, dass die in England eingewanderten Farbigen – immerhin etwa eine Million Menschen – nicht diskriminiert werden. Cousins Nachfolger in Gewerkschaft und TUC wurde *Jack Jones*, mit 55 Jahren einer der profiliertesten Erscheinungen der britischen Gewerkschaftsbewegung, 1936 aktiver Kämpfer auf der republikanischen Seite in Spanien.

Rekordmitgliedschaft

In den letzten zwei Jahren war infolge eines Schrumpfungsprozesses in gewissen Berufen (Bergarbeiter, Eisenbahner) die Gesamtmit-

gliedschaft des TUC leicht zurückgegangen. Obwohl der Schrumpfungsprozess anhält, konnte zum Kongress in Portsmouth eine bisher nie erreichte Mitgliedszahl gemeldet werden: insgesamt 8 875 381 Gewerkschafter. Das ist eine Zunahme um 150 000 gegenüber dem Vorjahr, und das, obwohl die Bergarbeiter 36 000 und die Eisenbahner 22 000 Mitglieder verloren haben. Am erfreulichsten ist, dass ein grosser Teil des Zuwachses Frauen sind. Durch Zusammenlegungen ist die Zahl der angeschlossenen Verbände auf 155 zurückgegangen – die niedrigste Zahl seit 1888 –, aber das lässt natürlich noch viel Raum für weitere Zusammenschlüsse.

J. W. Brügel (London)

Barbara Castle

Harold Wilson nennt sie «Mein kleiner dynamischer Minister». Eine Gallup-Poll-Meinungsumfrage gab ihr 8 Prozent mehr Popularität als Königin Elisabeth II.

Sie wird mit der Tudor Elisabeth I. verglichen, mit der sie das Temperament, das rote Haar, die Ueberzeugung von der Richtigkeit ihrer Ansichten – und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes verbindet.

Barbara Castle, 57, Minister für Arbeit und Produktion. Zweifellos einer der professionellsten Minister in Wilsons Regierung.

Als sie ihr Amt antrat, erklärte sie sofort, dass sie sich nicht von sozialistischen Dogmen binden liesse. Eine lebenslange Sozialistin, die sich stets für die Arbeiterklasse und die weniger Begünstigten einsetzte, auch als Wilsons Labour-Partei mehr Instrument für die Mittelschicht wurde, wusste sie, dass die Regierung scharf vorgehen musste, um (wie es der «Daily Mirror» einmal nannte) «das donnernde wirtschaftliche Chaos» in Ordnung zu bringen.

Sie warnte wenige Wochen nach der Pfundabwertung im November 1967 den Gewerkschaftsbund der «Engineers and Foundry workers» (Techniker und Hüttenarbeiter), dass die immer neuen Lohnforderungen plus die massiven, sich ständig erhöhenden Aufwendungen im sozialen Sektor unrealistisch sind und eine völlige Rekonstruktion auf industriellem Gebiet Voraussetzung ist.

Die Grenze der Lohnerhöhung auf eine Norm zu bringen, wäre natürlich nicht möglich; 1969 stiegen die Durchschnittslöhne in allen Industriezweigen um 6,9 Prozent. Aber ein Hoffnungsschimmer in dem Verhältnis Lohn-Produktivität leuchtete im Januar nach monatelangen Verhandlungen zwischen Ford Motors und den Gewerkschaften, als sie sich auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung